

Fakten und Kritik zum Handelsabkommen

Alle Anti-ACTA?

CC BY-SA 3.0 Uwe Stein

Das ACTA wird massiv von verschiedenen Seiten, Organisationen, Parteien und Rechtswissenschaftlern kritisiert. Es gibt unzählige sehr detaillierte kritische Betrachtungen von Fachleuten, die den Prozess und die Inhalte des Vertrages sowie die wahrscheinlichen und möglichen Auswirkungen analysiert haben. Die Vorwürfe sind so umfangreich, dass hier nur ein Teil der wichtigsten Kritikpunkte und Argumente als Beispiele aufgezählt werden.

Was ist das ACTA wirklich?

ACTA steht als Kürzel für Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie) und ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwischen teilnehmenden Nationen und Staatenbünden geschlossen werden soll.

Offizielles Ziel des ACTA war es, durch ein multinationales Handelsabkommen **den Handel mit gefälschten Markenprodukten einzudämmen**.

An den Verhandlungen des 52-seitigen Vertrages waren Australien, die EU, Japan, Kanada, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Schweiz, Singapur, Südkorea, und die USA beteiligt.

Bis 31. März 2012 können nun nicht nur alle obigen und die einzelnen EU-Staaten den Vertrag unterzeichnen, sondern auch alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), soweit die bisherigen Länder zustimmen. Damit der Vertrag in Kraft tritt müssen mindestens sechs Länder den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren. Bis heute haben von den Teilnehmerländern die Schweiz, Mexico, Zypern, Estland, Deutschland, Niederlande und die Slowakei noch nicht unterzeichnet.

Das Inkrafttreten des Vertrages auf dem Gebiet der EU bedarf der Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrages durch die Mitgliedsstaaten sowie der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Mit der abschließenden Plenarabstimmung in Straßburg ist frühestens im Mai oder Juni zu rechnen.

Die Ratifikation wird in Deutschland durch die Verabschiedung eines Zustimmungsgesetzes im Bundestag umgesetzt, welches dann ohne Einspruch den Bundesrat passieren muss und durch die Unterschrift des Bundespräsidenten rechtsgültig wird.

Kritikpunkte am ACTA-Prozess

- Die Vertragsverhandlungen waren seit Gesprächsbeginn 2006 geheim und es wurden nur allmählich Details in der Öffentlichkeit bekannt. Vermutet wird, dass dadurch vor allem Interessen von Entwicklungsländern außen vor bleiben sollten. Ausgeschlossen waren auch die BRIC-Staaten, denen vorgeworfen wird, die größten Produzenten nachgeahmter Produkten zu sein.



Bild: CC BY Stefan Schmidt

Vor der Anti-ACTA-Demo in Düsseldorf am 11.2.2012

- Ein Beratungsausschuss, bestehend aus Vertretern US-amerikanischer Großkonzerne, bestimmter Lobby-Organisationen und Dachverbände konnte auf die Verhandlungen Einfluss nehmen.
- Die zivile Gesellschaft wurde ausgeschlossen, es gab keine Möglichkeit, keine Mechanismen um etwa Vorschläge oder Anträge mit einzubringen. Auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wurde die Einsicht in die Vertragsverhandlungen verwehrt.
- Bis heute sind die Verhandlungsprotokolle nicht zugänglich, die entkräften könnten, dass sich hinter den schwammig formulierten Inhalten verdeckte Interessen verbergen und erklären, was mit bestimmten Formulierungen wirklich gemeint sei. Ebenso ist eine Abstimmung in Parlamenten daher widersinnig, weil die genauen Bedeutungen nicht bekannt sind.
- Der Vertrag wurde ohne Einbeziehung der üblicherweise mit zuständigen Rahmenorganisationen verhandelt. Dies sind vor allem die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und WTO.
- Durch den Vertrag könnte versucht werden, die Inhalte weltweit als „Quasi-Standard“ zu etablieren und auf nicht unterzeichnende Länder Druck auszuüben, sich den Regeln im ACTA anzupassen, bis hin zur faktischen Ersetzung der WIPO.
- Der Verhandlungsprozess habe auch geltendes Europäisches Verfahrensrecht gebrochen, da er im strafrechtlichen Teil durch die EU Ratspräsidentschaft verhandelt wurde und nicht durch die Europäische Kommission.
- Es soll ein ACTA Komitee gebildet werden, das in Zukunft Änderungen am Vertrag unter Ausschluss demokratischer Prozesse beschließen kann.

Kritikpunkte am ACTA-Inhalt

- Das ursprüngliche Ziel des Abkommens wurde auf „Geistiges Eigentum“ im digitalen Umfeld ausgeweitet.
- Es wird als grundgegeben vorausgesetzt, dass für das Wachstum der Weltwirtschaft eine wirksame Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums vonnöten sei.
- Durch das ACTA könne in die Grundrechte der Meinungsfreiheit und Recht auf Privatsphäre, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung eingegriffen werden.
- Das ACTA könne dazu genutzt werden, die Art und Weise, wie das Internet täglich genutzt wird, zu kriminalisieren. So z. B. das Weiterleiten von Dateien, Anfertigen privater Kopien oder auch Whistleblowing, wo Dokumente von öffentlichem Interesse enthüllt werden.
- Es habe keine Abwägung zwischen vielleicht trivialer Verletzung von Urheberrechten und dem öffentlichen Interesse stattgefunden. Freie Nutzung von geschützten Werken in Satire, Parodie, Kunst und Berichterstattung seien in öffentlichem Interesse.
- Provider könnten dazu gedrängt werden, das Internet vorsorglich zu zensieren. Das ACTA fördere privatisierten Vollzug und Durchsetzung von rechtlichen Maßnahmen.
- Das Abkommen richte sich gegen einzelne Bürger und nicht nur gegen kriminelle Vereinigungen.
- Es wird befürchtet, dass Internetprovider Daten wie IP Adressen herausgeben müssen um zu ermöglichen, dass einzelne Personen identifiziert werden können.
- Es würden Aktivitäten kriminalisiert, die normalerweise ins Zivilrecht fallen.
- Die alten Offline-Wirtschaftsmodelle sollen in die digitale Welt eingepresst werden, ohne die tatsächliche Entwicklung der neuen Medien zu berücksichtigen.
- Das ACTA unterbinde Kreativität und neue Entwicklungen, außer in großen Konzernen.
- Das ACTA verlagere die kriminelle Handlung vom Fälscher hin zum Käufer.
- Das ACTA sei nicht vereinbar mit Teilen der Europäischen Menschenrechte sowie des Sozialpaktes der UN.
- Durch das ACTA könne die Durchsetzung bestimmter Patentinteressen multinationaler Konzerne dazu führen, dass die existenzielle Daseinsvorsorge von ganzen Bevölkerungsgruppen gefährdet werde und Bauern in Entwicklungsländern bestimmtes Saatgut nicht mehr anbauen können.
- Die medizinische Versorgung mit Medikamenten könne in Entwicklungsländern gefährdet werden oder sich verschlechtern.

Das ACTA

Kommentar von Uwe Stein

**Wer nicht hüpfet,
der ist für ACTA!
Hey, hey!**

So klang es in vielen Städten bei den Anti-ACTA-Demonstrationen am 11. Februar auch aus NRW. Ein netter Spruch und das Hüpfen wärmt bei zweistelligen Minusgraden.

Fakt bleibt leider: Wer sich nicht rührt, bekommt bald das ACTA. Und nicht nur das.

Nur wegen einer Genehmigungspanne hatte die Bundesregierung das ACTA noch nicht unterzeichnet und dann am Tag vor den Protesten überraschend ausgesetzt. Von vielen Seiten hörte man schon stolze Erfolgsmeldungen, die Proteste seien nun weniger nötig. Aber die Aussetzung soll laut Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger nur Zeit geben „Diskussionsbedarf auszuräumen“. Es bleibt also mehr denn je Aufgabe, den Diskussionsbedarf zu erhöhen, wenn man das ACTA dauerhaft verhindern will. Bürger und Politiker müssen informiert werden, was es mit dem ACTA auf sich hat und was daran so problematisch ist.

In der Politik geht es darum, sicherzustellen, dass alle an Entscheidungen gebunden sind, auch die, die nicht zugestimmt haben. Diese kollektiv bindenden Entscheidungen sollten vor allem auf Basis eines breiten und richtigen Informationsangebots getroffen werden. Beim ACTA ist zu befürchten, dass aufgrund mangelnder Informiertheit nicht nur die Bürger etwas bekommen, was sie nicht gewollt haben, sondern auch die Parlamentarier über den Tisch gezogen werden und sich hinterher an etwas halten müssen, was sie so gar nicht wollten.

Auch die meisten Politiker hatten zum ACTA vor kurzem erstmals etwas gehört. Das hat damit zu tun, dass auf EU-Ebene internationale Verträge üblicherweise von einzelnen Experten ausgehandelt werden und, wenn dann keine Einwände mehr bestehen, diese auch von fachfremden Ausschüssen verabschiedet wer-



Bilder: CC BY Stefan Schmidt



STOPP-ACTA-Demos am 11.2.2012

den. Im Rahmen eines administrativen Verfahrens, der sogenannten A-Punkt-Abstimmung, wurde dann das ACTA auch im Dezember 2011 vom EU-Fischereirat verabschiedet. Für Deutschland unterschrieb dort ein Staatssekretär in Vertretung der Landwirtschaftsministerin. Verhandelt hat das Abkommen für Europa aber die Europäische Kommission. Man muss die Verantwortlichen dort suchen und sollte dort auch fundierte Informationen zu ACTA finden. So die Theorie.

Erschreckend ist, wie die EU Kommission zum ACTA informiert. Das offizielle Informationsblatt der EU-Kommission zum ACTA (siehe unten) liest sich wie ein beschwichtigendes Propagandablättchen. Es erscheinen willkürlich gewählte Argumente pro ACTA, keine Erklärungen zu Inhalten.

Will die EU-Kommission uns alle für dumm verkaufen?

Piratenpartei-Gründer Rick Falkvinge weist in einem aktuellen Artikel darauf hin, dass die EU-Kommission gerade die Umset-



zung von Maßnahmen vorbereitet, die laut ACTA-Infoblatt angeblich ausgeschlossen sind. Die Formulierungen in der Roadmap für die Revision der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPRED) sind alarmierend.

Falkvinge kritisiert:

- Rechtlich unklare Begriffe wie im ACTA werden verwendet.
- Persönlichkeitsrechte werden vernachlässigt.
- Es ist von kostengünstigen Schnellverfahren im Zivilrecht die Rede.
- Es sollen Zensurmöglichkeiten ausgearbeitet werden.
- Es sollen Regeln abgesteckt werden, wie von Intermediären (Providern) Daten beschafft werden können, um Urheberrechtsverletzer zu identifizieren.
- Quasi-legale Instrumente (softlaw Instruments) sollen die Kooperation zwischen Rechteinhabern und Intermediären verbessern aber in Wahrheit auf die Provider Druck ausüben, sich den Industrieinteressen zu beugen.
- Die EU-Kommission bezeichnet EU-Bürger schlicht als „Konsumenten“.
- Wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund.

Wer die Bürger auf so unseriöse Weise irreführend informiert, muss sich mit Recht Kritik ausgesetzt sehen und sich die Frage stellen lassen, ob hier wirklich im Interesse des europäischen Gemeinwohls gehandelt wurde. Es ist höchste Zeit, auch unseren gewählten Politikern im Europaparlament diese Fragen zu stellen! Schreibt hier an einen der Europa-Abgeordneten aus NRW: <http://goo.gl/JtobA>



Offizieller Info-Flyer der Europäischen Kommission

Was ist das ACTA?

- Durch das ACTA wird sichergestellt, dass Materialien und Informationen, bei denen keine Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums vorliegt, weiterhin überall über das Internet ausgetauscht werden können.
- Die Freiheit des Internets wird durch das ACTA nicht beschnitten. Das ACTA führt nicht zur Zensur oder Schließung von Websites.
- Das ACTA sorgt dafür, dass der Diebstahl geistigen Eigentums durch das organisierte Verbrechen, welcher Innovationen sowie den freien Wettbewerb behindert und Arbeitsplätze vernichtet, verfolgt werden kann.
- Im ACTA geht es nicht darum, wie wir das Internet in unserem Alltag nutzen.
- Soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook können weiter wie in der Vergangenheit genutzt werden – das ACTA bringt keine Veränderung.
- Computer und Mobiltelefone werden nicht kontrolliert oder überwacht – das ACTA ist KEIN Großer Bruder.

Warum sind das ACTA und der SOPA nicht dasselbe?

- Der SOPA (Stop Online Piracy Act) ist ein Entwurf für ein amerikanisches Gesetz, das die Gesetzgebung der USA ändern würde. Das ACTA macht keinerlei Änderung von EU-Rechtsvorschriften erforderlich. Alles, was heute legal ist, bleibt es auch nach der Ratifizierung des ACTA.
- Durch das ACTA wird niemandem der Internetzugang gesperrt.

Warum unterstützt die EU dann das ACTA?

- Weil das ACTA dafür sorgt, dass der bereits hohe Schutz des geistigen Eigentums in der EU – zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa – weltweit gewährleistet ist.
- Weil Europa jedes Jahr über 8 Mrd. EUR Verluste durch die nachgeahmten Waren entstehen, die unseren Markt überschwemmen.